

Die Partnerschaft ist insofern etwas ungewöhnlich, als Beijing normalerweise nur mit Hauptstädten in Partnerschaftsverbindungen tritt, so wie es überhaupt chinesische Gewohnheit ist, die jeweiligen Schwesterstädte nach Ähnlichkeiten in wirtschaftlicher, historischer oder politischer Hinsicht auszusuchen. Offensichtlich aber schien den Chinesen die Partnerschaft Beijing/Bonn etwas inadäquat, so daß man lieber zur Nachbarstadt von Bonn gegriffen hat. Norbert Burger war zum ersten Mal in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Köln-Messe i.J. 1983 nach Beijing gekommen. Des weiteren hatte die erste und zweite Nationalausstellung der VR China in Köln stattgefunden, so daß hier bereits grundlegende Kontakte zustande gekommen waren. Neben New York ist Köln die einzige Nicht-Hauptstadt eines Landes, die Beijing zum Partner hat. Beide Städte wollen in nächster Zeit wechselseitige Informations- und Bilderausstellungen veranstalten und vor allem dafür sorgen, daß die Wirtschaftsbetriebe in ihrem Bereich miteinander in Verbindung treten. Auch die Beziehungen zwischen den Rundfunkanstalten in Köln und Beijing sollen ihre Kontakte verstärken, also der WDR und die Deutsche Welle mit Radio Beijing. Ferner will Köln Chinesen zu Deutsch-Dolmetschern ausbilden.

In Köln befinden sich bereits mehrere chinesische Vertretungen, die erst im Juli 1987 wieder durch Eröffnung einer Handelsförderungsstelle erweitert wurden. Mit diesem Schritt hat das chinesische Außenhandelsinformationszentrum CIEIC (China International Economic Information Center) die rheinische Metropole zum Standort ihrer ersten Auslandsvertretung bestimmt (Näheres dazu C.a., August 1987, Ü 1).

Neben Köln ist in letzter Zeit noch das Land Nordrhein-Westfalen besonders aktiv im Hinblick auf China gewesen und hat mittlerweile nicht weniger als drei chinesische Provinzen (Shanxi, Jiangsu und Sichuan) als Partner gewinnen können (vgl. dazu die weitere Übersicht).

Mit Westberlin andererseits scheinen die Chinesen nichts im Sinn zu haben. Für sie ist Berlin die Hauptstadt der DDR - und sonst offensichtlich nichts. Dies wurde zuletzt wieder darin deutlich, daß zwar Berichte über 750-Jahr-Fei-

ern aus Ostberlin erstattet wurden (so z.B. XNA, 5.9.87), daß über entsprechende Feiern in Westberlin dagegen der Mantel des Schweigens gebreitet wurde. -we-

## USA

**\* (5)**  
**Außenminister Wu Xueqian zum chinesisch-amerikanischen Verhältnis**

Im großen und ganzen sei es, wie Wu Xueqian bei einer Rede vor dem US Council on Foreign Relations am 29. September 1987 in New York erklärte, um das sino-amerikanische Verhältnis recht gut bestellt, doch gebe es nach wie vor drei Hindernisse, nämlich erstens die mangelnde amerikanische Empathie (z.B. im Zusammenhang mit der chinesischen Geburtenkontrollpolitik), zweitens die amerikanische "Zwei-China-Politik" und, drittens, das Ungleichgewicht in den beiderseitigen Handelsbeziehungen: die USA seien mit 7,33 Mrd. US\$ Gesamthandelsaustausch i.J. 1986 zu Chinas drittgrößtem Handelspartner geworden, während China umgekehrt auf der amerikanischen Importliste nur 0,6% der Einfuhren bestreite (XNA, 30.9.87). -we-

## NAHOST

**\* (6)**  
**Zusammentreffen des chinesischen Außenministers mit seinem israelischen Kollegen**

Auf Vorschlag der chinesischen Seite haben sich die beiden Außenminister Wu Xueqian und Shimon Peres am 30. September 1987 am Rande einer UNO-Veranstaltung in New York getroffen. Beide referierten ihre Standpunkte in der Mittelost-Frage. China wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es weiterhin hinter der PLO stehe (XNA, 10.9.87).

Es war das erste Treffen auf Ministerienebene zwischen beiden Ländern. Obwohl die Chinesen den Israelis gegenüber nach außen hin immer den Uninteressierten spielten, ist es doch insgeheim zu einer engen Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen gekommen (im einzelnen dazu C.a., Juli 1987, Ü 4). -we-

## Innenpolitik

**\* (7)**  
**Vorbereitung des XIII. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas**

Die konkreten Vorbereitungen für den XIII. Nationalen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas begannen bereits kurz nach der 6. Plenartagung des XII. Zentralkomitees, die am 28. September 1986 stattfand und auf der der Beschluß zur Einberufung des XIII. Parteitags formell gefaßt worden war. Im Oktober wurde eine Arbeitsgruppe zur Erstellung des Entwurfs des Arbeitsberichts des ZK für den XIII. Parteitag gebildet, der über 10 Personen sowie einige Altrevolutionäre als "Berater" angehörten. Diese Gruppe soll - nach Informationen der Beijinger Zeitschrift *Liaowang* - unter der persönlichen Leitung von Zhao Ziyang gestanden haben (Liaowang, 31.8.87, S.5).

Von zentraler Bedeutung für den Ablauf und die Beschlüsse des XIII. Parteitags war wahrscheinlich das alljährliche Sommertreffen der politischen Elite im Prominenten-Seebad Beidaihe, das Mitte Juli begann und bis in die zweite Augusthälfte andauerte (Liaowang, 31.8.87, S.4). Nach der Konferenz in Beidaihe teilte Wan Li am 22. August japanischen Journalisten mit, daß der XIII. Parteitag am 25. Oktober einberufen werde (C.a., August 1987, Ü 8). Von der *Volkszeitung* wurde dieser Termin erst am 3. September bekanntgegeben.

In Beidaihe legte die ZK-Arbeitsgruppe zur Erstellung des Entwurfs des Arbeitsberichts für den XIII. Parteitag den dritten Entwurf des Rechenschaftsberichts des XII. ZK vor, der daraufhin von den Mitgliedern des ZK-Sekretariats und einigen Politbüro-Mitgliedern diskutiert und abgeändert wurde. Dieser weniger als 20 Personen umfassende relativ kleine informelle Kreis von Spitzenpolitikern erarbeitete den vierten Entwurf des ZK-Berichts, der Ende August an rund 5.000 Führungspersönlichkeiten zur Diskussion und Stellungnahme verschickt wurde.

Dieser Personenkreis umfaßte folgende Gruppen:  
- die Mitglieder und Kandidaten des XII. Zentralkomitees (343),

- die Mitglieder der Zentralen Beraterkommission (noch ca. 170),
- die Mitglieder der Zentralen Disziplinarkontrollkommission (129),
- die Delegierten des XIII. Parteitags (1.936),
- die "Verantwortlichen" der Parteikomitees auf Provinzebene,
- die "Verantwortlichen" der Parteikomitees und Parteiführungsgruppen innerhalb der zentralen Abteilungen von Partei, Regierung, Armee und Massenorganisationen,
- Fachleute und Wissenschaftler,
- Vertreter der demokratischen Parteien, parteilose Persönlichkeiten, Vertreter der Religionsgemeinschaften und der nationalen Minderheiten.

(Liaowang, 31.8.87, S.5-6; Radio Beijing, deutsch, 2.9.87)

Ende August 1987 waren auch bereits alle Delegierten zum XIII. Parteitag gewählt worden (Liaowang, 31.8.87, S.6). Alle Delegierten zum XIII. Parteitag sollen nach dem Mehrheitsprinzip in geheimer Wahl gewählt worden sein. Über das Wahlverfahren hatte die Parteizentrale im November 1986 ein Rundschreiben verbreitet. Nach dem Sturz von Hu Yaobang und dem erneuten Beginn des Kampfes gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen erließ die Parteizentrale ein zweites Zirkular zur Frage der Delegiertenwahlen zum XIII. Parteitag (XNA, 30.9.87).

Insgesamt wurden 1.936 Delegierte zum XIII. Parteitag gewählt, die aus folgenden 33 Wahleinheiten kommen:

- den 29 Wahleinheiten auf Provinzebene (21 Provinzen, 3 provinzfremde Städte und 5 Autonome Gebiete),
  - der Wahleinheit der ZK-Organen (zentrale Parteibürokratie),
  - der Wahleinheit der zentralen Staatsorgane (Regierung und Parlament),
  - der Wahleinheit der Volksbefreiungsarmee,
  - der Wahleinheit für Taiwan.
- (Radio Beijing, deutsch, 29.9.87)

Die größte Gruppe unter den Delegierten machen die Partei- und Regierungskader (Beamte) mit 75,7% aus. Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Kultur, Erziehung, Sport und Gesundheitswesen stellen 18,9% der Parteitagsabgeordneten. Modellarbeiter und VBA-Kampfhelden sind hingegen nur noch mit 5,4% unter den Delegierten vertreten. Frauen

stellen immerhin 14,9% der Delegierten. Fast 60% machen jene Delegierten aus, die jünger als 55 Jahre sind. (Radio Beijing, deutsch, 29.9.87; XNA, 30.9.87)

Auf der Tagesordnung des XIII. Parteitags werden stehen:

- die Wahl eines neuen Zentralkomitees (wobei eine weitere Verjüngung angestrebt wird),
- der Arbeitsbericht des XII. Zentralkomitees,
- einige Änderungen des Parteistatuts und
- ein Dokument über Grundlinien der angestrebten politischen Strukturreformen. -sch-

\*(8)

**Zhao Ziyang - ZK-Generalsekretär wider Willen**

Zhao Ziyang hat in einem Interview mit NBC am 25. September erneut erklärt, daß er den Posten des ZK-Generalsekretärs eigentlich nicht übernehmen wolle und daß er lieber Ministerpräsident bleiben würde, da er besser dafür geeignet sei, sich um wirtschaftliche Dinge als um Politik zu kümmern (IHT, 28.9.87). Zhao hatte zuvor bereits mehrfach seinen Unwillen darüber geäußert, den Schleudersitz des ZK-Generalsekretärs übernehmen zu müssen. In Ermangelung einer personellen Alternative dürfte Zhao jedoch nichts anderes übrigbleiben, als hauptamtlich in die Parteizentrale zu wechseln und das Ministerpräsidentenamt einem anderen zu überlassen. Als Zhaos Nachfolger an der Spitze des Staatsrats, der allerdings formell erst auf der nächsten Plenartagung des Nationalen Volkskongresses im Frühjahr 1988 'gewählt' werden wird, wurde im September in informierten chinesischen Kreisen nur noch Li Peng gehandelt. -sch-

\*(9)

**Hu Qili nannte sieben Namen von aus dem Politbüro ausscheidenden Politikern**

In einem Gespräch mit einer osteuropäischen Delegation soll ZK-Sekretär Hu Qili sieben Politiker namentlich genannt haben, die auf dem XIII. Parteitag und der sich daran anschließenden 1. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees auf jeden Fall aus dem Politbüro ausscheiden werden. Einem Bericht der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo zufolge, die sich auf "Beijinger Quellen" berief, soll es sich

hierbei um folgende Spitzenkader handeln: Chen Yun, Li Xiannian, Hu Qiaomu, Peng Zhen, Xi Zhongxun, Fang Yi und Ni Zhifu. (SWB, 18.9.87) -sch-

\*(10)

**Orthodoxer Chefredakteur der Roten Fahne abgelöst**

Einen Erfolg konnten die marktorientierten Reformkräfte verbuchen, als die Parteizentrale Anfang September beschloß, das "Rücktrittsgesuch" des bisherigen Chefredakteurs des ZK-Organen *Rote Fahne*, Xiong Fu (71), anzunehmen (RMRB, 10.9.87). Xiong zählt zu der Gruppe von orthodox eingestellten Marxisten-Leninisten, die die wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen als eine entscheidende Ursache für die von ihnen beklagten "bürgerlichen Liberalisierungstendenzen" betrachten und die in den marktorientierten Wirtschaftsreformen eine Entwicklung nicht zum Kommunismus sondern zum Kapitalismus sehen. Die scharfen Angriffe von Zhao Ziyang in seiner Rede vom 13. Mai 1987 gegen die Gegner seiner Reformpolitik - besonders hart hatte Zhao einige namentlich nicht genannte "Einzelpersonen" kritisiert - sollen sich u.a. gegen Xiong Fu gerichtet haben (Siehe C.a., Juli 1987, Ü 9). Zum amtierenden Chefredakteur der *Roten Fahne* wurde der bisherige stellvertretende Chefredakteur Su Xing ernannt. -sch-

\*(11)

**Ni Zhifu verliert Posten des Parteichefs von Tianjin an Li Ruihuan**

"Auf kürzlich erfolgten Beschluß der Parteizentrale" wurde Ni Zhifu vom Amt des Sekretärs des Stadtparteikomitees von Tianjin entbunden und durch den Tianjiner Bürgermeister Li Ruihuan ersetzt (Radio Tianjin, 3.9.87, nach: SWB, 8.9.87; RMRB, 5.9.87). Der Beschluß der Parteizentrale erfolgte wahrscheinlich auf einer Sitzung des Politbüros Ende August. Auf dieser Sitzung waren offenbar einige Beschlüsse im Hinblick auf den XIII. Parteitag gefaßt worden, darunter die Entscheidung, den Parteitag am 25. Oktober beginnen zu lassen (RMRB, 3.9.87). Die Entscheidung, kurz vor dem Parteitag Ni Zhifu ein wichtiges Amt zu entziehen, kann als Indiz dafür gewertet werden, daß Ni nicht mehr in das Politbüro wiedergewählt werden wird.

Eine politische Aufwertung von Li Ruihuan hatte sich bereits im Anschluß an den Sturz von Hu Yaobang Anfang des Jahres angekündigt, als er zunächst sogar als einer der Kandidaten für die Nachfolge von Zhao Ziyang im Amt des Ministerpräsidenten gehandelt wurde und für kurze Zeit in den nationalen Medien auffällig viel Lob erhielt (Siehe C.a., Februar 1987, S. 152-153). -sch-

\*(12)

#### Wang Zhaoguo als Provinzgouverneur nach Fujian versetzt

ZK-Sekretär Wang Zhaoguo (46) wurde am 1. September zum amtierenden Gouverneur der Provinz Fujian ernannt. Wang löst auf diesem Posten Hu Ping (57) ab, der in die Zentrale als stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Wirtschaftskommission berufen wurde (RMRB, 2.9.87).

Die Versetzung in die Provinz ist ein weiteres Indiz dafür, daß Wang aus den zentralen Führungsgremien der KPCh ausscheiden wird. Bereits im Mai 1986 hatte Wang Zhaoguo den Posten des Direktors des ZK-Hauptbüros an Wen Jiabao verloren. Eine weitere politische Schlappe erlitt Wang als er bei den Wahlen der Delegierten der ZK-Organen zum XIII. Parteitag am 13. Juli 1987 zu wenig Stimmen erhielt und durchfiel - ein erstaunlicher Vorgang, wenn man bedenkt, daß Wang Zhaoguo zum Zeitpunkt der Wahlen immerhin (noch) ZK-Sekretär war und damit zumindest formell zu den 50 wichtigsten Politikern Chinas zählte.

Wang Zhaoguo hatte 1982 eine kompetente Karriere begonnen, nachdem er am 22. Juli 1980 von Deng Xiaoping 'persönlich' entdeckt worden war (bei dieser 'Entdeckung' durch Deng soll Hu Yaobang allerdings etwas nachgeholfen und Wang entsprechend vorbereitet haben.): Im September 1982 wurde er zum ersten Mal in das Zentralkomitee gewählt, und im September 1985 stieg Wang sogar in das ZK-Sekretariat auf. Aufgrund dieser "Hubschrauber"-Karriere, die Wang offenbar mehr seinen besonderen Beziehungen als seinen Fähigkeiten zu verdanken hatte, war er von Kritikern bisweilen mit dem politischen Senkrechtstarter der Kulturrevolution, Wang Hongwen, verglichen worden. Als Gründe für den nun erfolgten Karriereknick

Wangs könnten sowohl fachliche (mangelnde Qualifikation) als auch politische (enge Beziehungen zu Hu Yaobang) maßgeblich gewesen sein. -sch-

\*(13)

#### Zwei Mitglieder der KJV-Loyalitätsgruppe von Hu Yaobang als Provinzparteiarchs abgelöst

Auf Beschluß der Parteizentrale sind Bai Jinian und Zhang Shuguang (64) von ihren jeweiligen Posten als Parteisekretär der Provinz Shaanxi bzw. des Autonomen Gebiets Innere Mongolei abgelöst worden. Beide Politiker zählen zur KJV-Loyalitätsgruppe des gestürzten ZK-Generalsekretärs Hu Yaobang und gehören dem XII. Zentralkomitee als Mitglieder an.

Neuer Provinzparteiarch von Shaanxi wurde der bisherige Gouverneur Zhang Boxing (57). Den Posten des Gouverneurs erhielt zunächst nur "amtierend" der bisherige stellvertretende Provinzgouverneur von Gansu Hou Zongbin (58), der gleichzeitig stellvertretender Provinzparteiarch wurde. Neuer Parteisekretär des Autonomen Gebiets Innere Mongolei wurde Wang Qun, bisher stellvertretender Provinzparteiarch von Hubei und ZK-Kandidat. (RMRB, 10.9.87; Radio Xi'an, 30.9.87, nach: SWB, 2.10.87) -sch-

\*(14)

#### 22. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. Nationalen Volkskongresses: Insel Hainan soll Provinz werden

Der Ständige Ausschuß des VI. Nationalen Volkskongresses trat vom 28. August bis zum 5. September 1987 zu seiner 22. Sitzung zusammen. Das ständige Parlamentsorgan der Volksrepublik China faßte folgende Beschlüsse:

- Verabschiedung des Gesetzes über die Verhütung von Luftverschmutzung (Text in: RMRB, 10.9.87). Das Gesetz zur Verhütung von Luftverschmutzung, das am 1. Juni 1988 in Kraft tritt, ist bereits das vierte Gesetz zum Umweltschutz in China. Die anderen drei sind das Umweltschutzgesetz vom 13.9.1979, das Gesetz über den Umweltschutz des Meeres vom 23.8.1982 und das Gesetz über die Verhütung von Gewässerverschmutzung vom 11.5.1984.

- Verabschiedung des Gesetzes über das Archivwesen (Text in: RMRB, 10.9.87).

- Beratung des Antrags des Staatsrats über die Gründung der Provinz Hainan, Überweisung dieses Antrags an die 1. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses zur Beratung und Genehmigung und Ermächtigung des Staatsrats, eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Gründung der Provinz Hainan einzusetzen und mit den Vorbereitungsarbeiten zu beginnen. Die Insel Hainan, nach Taiwan Chinas zweitgrößte Insel, war bisher schon ein besonderes Verwaltungsgebiet der Provinz Guangdong (Siehe C.a., Mai 1984, Ü 16). Auch die künftige Provinz Hainan soll für die von China beanspruchten Nansha-, Xisha- und Zhongsha-Inselgruppen sowie deren Territorialgewässer verwaltungsmäßig zuständig sein.

- Beschluß über die Zahl und die Verteilung der Delegierten der nationalen Minderheiten im VII. Nationalen Volkskongreß. Danach werden dem kommenden VII. NVK wie bisher etwa 360 Delegierte der nationalen Minderheiten angehören und rund 12% der NVK-Abgeordneten ausmachen (RMRB, 6.9.87).

- Beschluß über die 'Wahl' der Delegierten der Provinz Taiwan zum VII. Nationalen Volkskongreß. Danach werden die nur 26.000 in der VRCh lebenden Chinesen taiwanesischer Abstammung wie bisher 13 NVK-Abgeordnete stellen (Ebenda).

- Beitritt zur Konvention Nr.159 der Internationalen Arbeitsorganisation über die berufliche Rehabilitation und Beschäftigung von körperlich und geistig Behinderten.

- Beschluß über die Genehmigung des chinesisch-französischen Abkommens über Rechtshilfe in zivil- und handelsrechtlichen Angelegenheiten.

- Beschluß über die Genehmigung des chinesisch-polnischen Abkommens über Rechtshilfe in zivil- und strafrechtlichen Angelegenheiten.

- Personalentscheidungen (Siehe RMRB, 6.9.87).

Darüber hinaus beschäftigte sich der Ständige NVK-Ausschuß mit einer Reihe von Berichten (u.a. über Rechnungsprüfung) sowie mit einem Entwurf der Geschäftsordnung des Ständigen NVK-Ausschusses (Siehe RMRB, 29.8.-6.9.87). -sch-

**\*(15)  
2,4 Mio. Fehlteile aufgehoben**

Seit Beginn der Ära Deng Xiaoping mit dem Jahre 1979 haben die Justizbehörden der Volksrepublik China bisher 2,4 Mio. Fehlteile aus der Zeit zwischen 1949 und 1976 aufgehoben (Xinhua, engl., 25.9.87, nach: SWB, 1.10.87). Elf Jahre nach dem Tod Maos sind die Arbeiten zur Aufhebung von Fehlteilen und zur Rehabilitierung von Opfern der Mao-Ära jedoch immer noch nicht beendet. So forderte noch Ende Juli das Mitglied der Zentralen Disziplinungskommission Li Zhilian eine Beschleunigung der Rehabilitierungsverfahren. Deutlich an die Adresse jener Politiker gewandt, die eine umfassende Vergangenheitsbewältigung mit dem Hinweis auf die "Vier grundlegenden Prinzipien" torpedieren, weil sie einen weiteren Ansehensverlust der KPCh und damit eine Schwächung der Position der Partei befürchten, meinte Li: "Die Lösung von Problemen, die aus unserer jüngeren Vergangenheit herrühren, steht im Einklang mit der Forderung nach dem Festhalten an den Vier grundlegenden Prinzipien." (XNA, 27.7.87) -sch-

**\*(16)  
1,37 Mio. Kader pensioniert**

Seit der 1982 beschlossenen Beseitigung des Systems der lebenslangen Amtszeit von Kadern sind bis Ende 1986 1,37 Mio. Funktionäre in den Ruhestand getreten. Dies sind 62,8% aller pensionsreifen Kader, deren Zahl sich Ende 1986 auf 2,18 Mio. belief (RMRB, 21.9.87). Diese Zahlen machen deutlich, daß das Pensionssystem für Funktionäre noch nicht vollständig durchgesetzt werden konnte.

Diese von der ZK-Organisationsabteilung gemachten Zahlenangaben widersprechen einem Bericht der *Roten Fahne* vom 16.6.1986, demzufolge von Ende 1982 bis Ende 1985 bereits 1,7 Mio. Kader pensioniert worden sein sollen (Siehe C.a., Juni 1986, Ü 12). -sch-

**\*(17)  
Korrektur der Übersicht 13 im Juli-Heft: He Jingzhi doch nicht stellvertretender Kulturminister**

Der zum Lager der orthodoxen Marxisten-Leninisten zählende He Jingzhi ist nach wie vor stellvertretender Direktor der ZK-Propagandaabteilung und nicht stellvertretender Kulturminister. Dies geht aus mindestens zwei chinesischen Meldungen hervor (Xinhua, chin., 31.7.87, nach: SWB, 11.8.87; Radio Liaoning, 15.8.87, nach: SWB). Die offizielle staatliche Nachrichtenagentur Neues China (Xinhua) hatte in einer Meldung vom 29. Juli He Jingzhi zweimal als "stellvertretenden Kulturminister" bezeichnet (Siehe C.a., Juli 1987, Ü 13). -sch-

---

## Kultur

---

**\*(18)  
Einjähriges Praktikum an der Basis für alle Hochschulabsolventen**

Die Staatliche Erziehungskommission und das Ministerium für Arbeit und Personal haben eine Verfügung erlassen, nach der alle Absolventen allgemeiner und fachlicher Hochschulen ab sofort, d.h. beginnend mit den Hochschulabsolventen des Jahres 1987, ein einjähriges Praktikum an der Basis machen müssen, bevor sie eine feste Stellung erhalten oder weiterstudieren können. Ausgenommen von dieser Regelung sind Hochschulstudenten, die bereits vor Eintritt in die Hochschule mindestens ein Jahr lang einer praktischen Tätigkeit nachgegangen sind, die mit ihrem Studium in Zusammenhang stand, wobei allerdings die Zustimmung der betreffenden Einheit erforderlich ist. Während des Praktikums darf sich der Hochschulabsolvent weder um ein Postgraduiertenstudium noch um ein Auslandsstudium oder um eine Fortbildung bewerben. Die Arbeit während seines Praktikums soll in Zusammenhang mit seiner späteren Tätigkeit stehen, und er soll anwenden können, was er studiert hat. Ein Praktikum an der "Basis" bedeutet, daß man in unterentwickelte oder Grenzgebiete geschickt wird oder aber in der Produktion arbeitet. Nach Ablauf des Praktikums muß ein Beurteilungsbogen ausgefüllt werden. Sind die Anforderungen nicht erfüllt worden, verlängert sich das Praktikum um ein halbes bis ein Jahr.

Ziel des Praktikums der Hochschulabsolventen soll sein, ihre politische und berufliche Qualifikation sowie ihre Fähigkeit zu praktischer Arbeit zu steigern. Gleichzeitig sollen die einstellenden Behörden in die Lage versetzt werden, den Hochschulabsolventen genau kennenzulernen und richtig einzuschätzen, damit er vernünftig eingesetzt werden kann. (RMRB, GMRB, 1.9.87)

Die neue Regelung war bereits im Juni angekündigt worden (vgl. C.a. 1987/6, Ü 26). Der obligatorische Charakter des Praktikums ist jedoch erst jetzt mit der Veröffentlichung des Inhalts der Verfügung deutlich geworden. Die Tatsache, daß die Hochschulabsolventen ein einjähriges Praktikum an der Basis ablegen müssen, ist an sich nicht unbedingt zu verurteilen. Es gibt durchaus Argumente für eine solche Maßnahme. Eine praktische Vorbereitungszeit für jedwede berufliche Tätigkeit kann nicht schaden, vorausgesetzt, sie steht in Zusammenhang mit dem späteren Beruf. Vorbehalte sind allerdings gegenüber der Absicht angebracht, die Hochschulabsolventen durch die Praktika politisch zu qualifizieren. Wenn es dann noch heißt, die Einheiten müßten eine Beurteilung über den Praktikanten abgeben, die über seine weitere Verwendung entscheidet, dann wird die fatale Seite der Regelung deutlich. Denn nicht nur wird die politische Einstellung des Praktikanten eine Rolle bei der Beurteilung spielen, sondern es besteht darüber hinaus auch die Gefahr, daß seine fachlichen Qualitäten kaum Berücksichtigung finden, zumal in den meisten Fällen diejenigen, die über ihn befinden, gar nicht in der Lage sind, seine Fachkenntnisse zu beurteilen. -st-

**\*(19)  
Gruppenerziehung für Einzelkinder**

Seit Jahren sind sich die Pädagogen in China bewußt, daß die Zunahme der Einzelkinder infolge der Politik der Ein-Kind-Familie Erziehungsprobleme verursacht. Geklagt wird über den Egoismus und den Eigensinn der Einzelkinder und darüber, daß diese Kinder andere Menschen nicht richtig behandeln können und es daher zur Beeinträchtigung der zwischenmenschlichen Beziehungen kommt. Aus diesem Grunde hat eine Schwerpunkt-Grundschule in Shanghai in den beiden letzten Jahren ein Pro-